

Die landesgesetzlichen Aufenthaltsbeschränkungen bestraffter Personen.

Von Dr. Arthur Rußbaum, Rechtsanwalt beim Landgericht I Berlin.

Dogmatischer Teil.

Das Reichsstrafgesetzbuch kennt Aufenthaltsbeschränkungen verurteilter Inländer als selbständige Haupt- und Nebenstrafe nicht, sondern nur als zulässige Folge der Stellung unter Polizeiaufsicht (§ 39 Ziff. 1 St.G.B.). Doch werden bestrafte Personen auch abgesehen von diesem Fall häufig Aufenthaltsbeschränkungen unterworfen, nämlich auf Grund der Landesgesetze, die ihre Ermächtigung dazu dem § 3 des Freizügigkeitsgesetzes vom 1. November 1867 (B.G.B. S. 55) entnehmen, wo es heißt:

„Insoweit bestrafte Personen nach den Landesgesetzen Aufenthaltsbeschränkungen durch die Polizeibehörde unterworfen werden können, behält es dabei sein Bewenden.

Solchen Personen, welche derartigen Aufenthaltsbeschränkungen in einem Bundesstaate unterliegen [oder welche in einem Bundesstaate innerhalb der letzten zwölf Monate wegen wiederholten Bettelns oder wegen wiederholter Landstreicherei verurteilt worden sind], kann der Aufenthalt in jedem andern Bundesstaate von der Polizeibehörde verweigert werden.

Die besondern Gesetze und Privilegien einzelner Ortschaften und Bezirke, welche Aufenthaltsbeschränkungen gestatten, werden hiermit aufgehoben.“

Als Gesetze der im Abs. 1 bezeichneten Art kommen insbesondere in Betracht:

- a) Für Preußen das Gesetz vom 31. Dezember 1842 über die Aufnahme neuanziehender Personen (G.S. 1843 S. 5) §§ 1, 2;

b) für Bayern das Gesetz über Heimath p.p. vom 16. April 1868 (Ges. Bl. Nr. 25 S. 357) Art. 45—49 und vom 27. Februar 1872 (Ges. Bl. Nr. 172 S. 213) Art. 9;

c) für Württemberg das Gesetz, betreffend die Gemeindeangehörigkeit vom 16. Juni 1885 (Reg. Bl. S. 257) Art. 57;

d) für das Königreich Sachsen das Gesetz, die Befugnis von Polizeibehörden zum Erlasse von Aufenthaltsverboten gegenüber von (!) bestraften Personen betreffend, vom 15. April 1886 (Ges. u. Verordn.-Bl. S. 85);

e) als das m. W. neueste der einschlägigen Gesetze sei noch das Anhaltische Gesetz, die Befugnis zur Ausweisung bestrachter Personen betreffend, vom 22. März 1892 (Ges. S. 63) genannt.

Alle diese Gesetze sind in dem für uns wesentlichen Teil in der Anlage abgedruckt. Manche Bundesstaaten, wie insbesondere Baden¹⁾, Hessen²⁾ und Elsaß-Lothringen³⁾ haben Gesetze gleicher Art nicht, auch das preussische Gesetz von 1842 gilt nicht in den 1866 neu erworbenen Provinzen⁴⁾.

Es herrscht lebhafter Streit darüber, ob den genannten Gesetzen Rechtsgültigkeit zukommt, insbesondere, ob sie mit dem Reichsrecht vereinbar sind. Am meisten bestritten ist die Gültigkeit des preussischen Gesetzes von 1842. Fast die ganze Literatur der Frage knüpft an dieses an, und dem wollen auch wir folgen. Das gewonnene Ergebnis wird indessen für die andern Gesetze unmittelbare Geltung beanspruchen können.

M. E. ist nun in der Tat die Rechtsgültigkeit der §§ 1, 2 des preussischen Gesetzes vom 31. Dezember 1842 anzuerkennen.

Die Streitfrage hat eine bedeutsame Vorgeschichte, sie hat insbesondere sowohl die preussische wie die norddeutsche Volksvertretung beschäftigt. In der Konfliktperiode — im Jahre 1862 — hat

¹⁾ Vgl. Wielandt, Die deutsche Reichsgesetzgebung über die Freizügigkeit p.p. im Zusammenhang mit der badischen Landesgesetzgebung, S. 93.

²⁾ Wielandt, S. 94.

³⁾ Wie mir Herr Rechtsanwalt Dr. Blumenthal-Colmar mitteilt.

⁴⁾ Siehe auch Hue de Grais, Handbuch der Gesetzgebung, Bd. I S. 53. Für Hannover hat mir Herr Dr. R. Kagenstein-Hannover das Fehlen entsprechender Vorschriften bestätigt. Bezüglich Hessen-Nassaus ergibt v. Seel, Materien der Verwaltungspolizei in Nassau, 1883 S. 32 ff., daß es auch dort derartige Vorschriften nicht gibt.

das preußische Abgeordnetenhaus das Gesetz für ungültig erklärt⁵⁾, und in der Reichstagsitzung vom 19. Juni 1869, der eine Petition wegen einer rigorosen Anwendung des Gesetzes von 1842 vorlag, äußerte sich der Abg. Laster in Übereinstimmung mit der Petitionskommission in dem gleichen Sinne.⁶⁾ Die Regierung ihrerseits ist stets für die Gültigkeit des Gesetzes eingetreten. In der Theorie waren und sind die Meinungen geteilt. Angesehene Schriftsteller wie Oppenhof⁷⁾, Könné⁸⁾, Georg Mayer⁹⁾, v. Bar^{10) 11)}, haben sich die Auffassung des Abgeordnetenhauses zu eigen gemacht, andre, wie namentlich Gneist¹²⁾, Loening¹³⁾ und Seydel¹⁴⁾ haben sich für die entgegengesetzte Meinung erklärt.

Der Streit ist jetzt für die Praxis dadurch erledigt, daß das Oberverwaltungsgericht sich in ständiger Rechtssprechung für die Gültigkeit des Gesetzes ausgesprochen hat, wie auch die Verwaltungsbehörden es von jeher als zu Recht bestehend angewendet haben. In den andern Bundesstaaten ist die Rechtsgültigkeit der fraglichen Gesetze eigentlich kaum in Zweifel gezogen worden¹⁵⁾.

Wir werden uns daher, namentlich in Anbetracht der eingehenden und m. E. zutreffenden Erkenntnisse des Oberverwaltungsgerichts, bei der Erörterung der Streitfrage auf das Notwendigste beschränken.

Man hat gegen das preußische Gesetz von 1842 eine ganze Reihe späterer Gesetze ins Feld geführt, die es im Wege der Derogation beseitigt haben sollen. Ganz haltlos ist es, wenn man sich dafür auf Art. 5 der preußischen Verfassungsurkunde berufen

⁵⁾ Vgl. Stenographische Berichte des preuß. Abgeordnetenhauses 1862 Bd. IV S. 2071, sowie Druckfachen desselben Hauses 1862 Bd. V S. 1 ff.

⁶⁾ Stenographische Berichte des Reichstags 1869 Bd. II S. 1332 ff.

⁷⁾ Die preußischen Gesetze über Ressortverhältnisse, S. 364.

⁸⁾ Preuß. Staatsrecht, Bd. II S. 66.

⁹⁾ Verwaltungsrecht, Bd. 1 S. 119 Anm. 8.

¹⁰⁾ In der „Nation“ vom 11. Dezember 1884 S. 19 ff.

¹¹⁾ Vgl. z. B. ferner Fuhr, Die Polizeiaufsicht, S. 83 ff.

¹²⁾ Im „Archiv für öffentliches Recht“, Bd. I S. 245 ff.

¹³⁾ Verwaltungsrecht S. 282 f.

¹⁴⁾ Preussisches Staatsrecht, Bd. V S. 137 ff.; Annalen des Deutschen Reichs, 1890 S. 90 ff., 173 ff.; vgl. ferner Bornhak, Preuß. Staatsrecht, III, S. 165 ff.; E. Mayer in den Annalen 1890 S. 562 f.

¹⁵⁾ Vgl. Dames, Freizügigkeit und Aufenthalt, S. 44 und die daselbst in der Anmerkung citierten Entscheidungen, sowie Cahn, Kommentar zum Reichsgesetz über den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit, 2. Aufl. S. 62.

hat¹⁶⁾, wonach die Bedingungen und Formen, unter denen eine Beschränkung der persönlichen Freiheit stattfinden soll, durch das Gesetz bestimmt werden. Als „Gesetz“ in diesem Sinne haben auch die vor der Verfassung erlassenen Gesetze zu gelten, und das Gesetz von 1842 läßt der Polizei nicht eine schrankenlose Freiheit, wie sie durch die Verfassung allerdings ausgeschlossen werden sollte, sondern macht die Aufenthaltsbeschränkungen von bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen abhängig. Gewichtiger ist schon die Behauptung, daß die §§ 1, 2 des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 durch das preussische Gesetz vom 12. Februar 1850 über die Stellung unter Polizeiaufsicht sowie die denselben Gegenstand betreffenden §§ 38, 39 R.St.G.B. aufgehoben worden seien. Denn in dieser späteren Gesetzgebung erscheint die polizeiliche Befugnis, einem Verurteilten den Aufenthalt an einem bestimmten Ort zu untersagen, als Folge der Stellung unter Polizeiaufsicht, und es liegt der Schluß nahe, die Aufenthaltsbeschränkung nunmehr überhaupt nur im Falle der Polizeiaufsicht zuzulassen. Indessen ist diese Folgerung nicht zwingend, da die Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 nicht wie die Polizeiaufsicht samt ihren Folgen als (Neben-)Strafe¹⁷⁾, sondern als polizeiliche Wohlfahrtsmaßregel gedacht ist; es sollte durch sie hauptsächlich die Ansammlung von Verbrechern an einzelnen Orten verhindert werden. Dies ist durch die Entscheidungen des Obergerichtes vom 25. Januar und 24. Februar 1883¹⁸⁾, sowie den trefflichen Aufsatz von Gneiff¹⁹⁾ so eingehend und überzeugend nachgewiesen, daß ich auf die dort gemachten Ausführungen lediglich verweisen kann.

Richtig ist allerdings, daß man sich bei der Beratung des Entwurfs zum Freizügigkeitsgesetz innerhalb des Reichstags über die Tragweite des im § 3 gemachten Vorbehaltes nicht klar geworden ist. Man hatte letzteren, wie die Rede des Abg. Lasster in der Reichstags-Sitzung vom 19. Juni 1869 ergibt²⁰⁾, nur auf die Aufenthaltsbeschränkungen bezogen, die in den damals noch geltenden Landesstrafgesetzbüchern als Folge der Stellung unter Polizeiaufsicht

¹⁶⁾ Besonders Rönne a. D.

¹⁷⁾ Vgl. Liszt, Lehrbuch des deutschen Strafrechts, § 59 Anm. 4.

¹⁸⁾ Entsch. des Obergerichtes (D.R.G.) Bd. 9 S. 414 ff.; Ministerialblatt für die innere Verwaltung 1883 S. 59.

¹⁹⁾ Oben Anm. 6 sowie Drucksachen des Reichstags, 1869 Bd. III Anl. 259².

zugelassen waren. Allein gegenüber dem klaren Wortlaut des Gesetzes kann dieses Mißverständnis nicht weiter in Betracht kommen, zumal die Motive zum Freizügigkeitsgesetz die Aufrechterhaltung der betreffenden Vorschriften des Gesetzes von 1842 ausdrücklich als Konsequenz des im § 3 enthaltenen Vorbehaltes hinstellen²⁰⁾.

Nach alledem müssen wir die landesgesetzliche Zulassung polizeilicher Aufenthaltsbeschränkungen als geltendes Recht betrachten. Es ist nunmehr auf die Einzelheiten einzugehen.

I. Das Reichsrecht stellt im § 3 des Freizügigkeitsgesetzes gewisse Schranken auf, innerhalb deren die Landesgesetzgebung sich halten muß. Nicht allein daß besondere, Aufenthaltsbeschränkungen gestattende Gesetze und Privilegien einzelner Orte und Bezirke unzulässig sind (§ 3 Abs. 3) — mögen sie auch von den für die allgemeine Gesetzgebung zuständigen Faktoren ausgegangen sein —, soll es nach § 3 lediglich bei den bestehenden landesgesetzlichen Interdiktionsvorschriften — wir wollen die Aufenthaltsbeschränkungen kurz als Interdiktionen bezeichnen — „sein Bewenden behalten“, d. h. sie sind erhalten geblieben, können auch im einzelnen abgeändert, insbesondere beschränkt²¹⁾, nicht dagegen erweitert, geschweige denn neu eingeführt werden²²⁾. Das anhaltinische Gesetz vom 22. März 1892 ist daher für ungültig zu erachten²³⁾.

²⁰⁾ Vgl. Stenographische Berichte des Reichstags, 1867 II S. 120. Es heißt dort:

„Sowohl in Preußen wie in andern Bundesstaaten bestehen gesetzliche Bestimmungen, wonach den wegen gewisser Verbrechen oder zu gewissen Strafen verurteilten Personen (insbesondere dann, wenn auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt wird) Aufenthaltsbeschränkungen durch die Polizei auferlegt werden können. Es versteht sich von selbst, daß diese Bestimmungen durch das Prinzip der Freizügigkeit nicht aufgehoben werden sollen, wie sie auch gerade in Preußen neben der durch das Gesetz von 1842 gewährten Freizügigkeit aufrecht erhalten sind.“

²¹⁾ Wie in Württemberg und Sachsen, wo früher strengere Gesetze galten.

²²⁾ Ebenso Sahn, S. 59 Anm.; Dames, S. 44; v. Conta, Die Ausweisung S. 107, vgl. auch § 6 C.G. St.G.B. und dazu den Kommentar von Dikshausen, Anm. 6.

²³⁾ Da vordem die Interdiktion dort nicht zulässig gewesen ist, wie den Motiven des Gesetzes (Amtl. Protokolle des Anhaltischen Landtages, 1892 S. 203 ff.) entnommen werden muß. Es muß Erstaunen erregen, daß der Reichsfanzler, dem die Vorlage behufs Prüfung ihrer Vereinbarkeit mit dem Reichsrecht unterbreitet worden ist (vgl. die Motive), nicht Veranlassung ge-

Ferner ist nach dem Freizügigkeitsgesetz die Ausweisung eines Inländers aus dem Bundesgebiet unstatthaft, erlaubt sind nur „Beschränkungen“ des Aufenthaltes im Bundesgebiet²⁴⁾. Immerhin läßt Abs. 2 des oben zitierten § 3 unter gewissen Voraussetzungen die Ausweisung eines bestraften Reichsdeutschen aus dem Gebiete eines einzelnen Bundesstaates zu. An diese Bestimmung knüpfen sich viele Streitfragen. Verschiedene Meinungen bestehen zunächst darüber, was unter den Personen zu verstehen sei, die „derartigen Aufenthaltsbeschränkungen in einem Bundesstaat unterliegen“: ob nämlich die betreffenden Personen hiernach bereits mit der polizeilichen Interdiction belegt sein müssen oder ob es genügt, daß nur die im Gesetz aufgeführten Voraussetzungen für ein Einschreiten der Polizeibehörde gegeben sind. M. E. muß man sich mit der herrschenden Meinung für die erste Alternative entscheiden. Denn die Polizei hat keineswegs immer dann, wenn jene Voraussetzungen vorliegen, zur Interdiction zu schreiten, sondern sie hat fernerhin pflichtgemäß zu erwägen, ob die bestrafte Person für die öffentliche Ordnung so gefährlich ist, daß eine Interdiction angezeigt erscheint²⁵⁾. Solange diese Frage von der zuständigen Polizeibehörde nicht bejaht ist und damit eine wesentliche Voraussetzung der Aufenthaltsbeschränkung fehlt, kann man nicht sagen, daß der Bestrafte einer solchen „unterliegt“²⁶⁾. Ganz unzweifelhaft ist es, daß eine zeitliche Schranke, die dem Interdiktionsrecht der Polizei des strafenden Staates (landesrechtlich) gesetzt ist, auch die aus § 3 Abs. 2 des Freizügigkeitsgesetzes fließende Ausweisungsbefugnis der andern Bundesstaaten begrenzt²⁷⁾.

Den lebhaftesten Streit hat die Frage erregt, welche Staaten zur Ausweisung gemäß § 3 Abs. 2 des Freizügigkeitsgesetzes befugt

nommen hat, den Entwurf zu beanstanden. Anscheinend sind die anhaltische Regierung und das Reichsjustizamt auf das hier für ausschlaggebend erachtete Bedenken überhaupt nicht gekommen. Dies wäre aber schon mit Rücksicht auf die Bemerkung in dem allgemein bekannten Cohnschen Kommentar zu verlangen gewesen.

²⁴⁾ Vgl. z. B. Georg Mayer a. D. S. 120; Laband, Staatsrecht des Deutschen Reiches, 4. Aufl. (1901), I S. 141; Jörn, Staatsrecht des Deutschen Reiches, Bd. I S. 389; sowie Entsch. des Reichsgerichts in Strafsachen vom 17. Juni 1882 Bd. 6 S. 379.

²⁵⁾ Vgl. für Preußen Erlass des Ministers des Innern im Ministerialblatt für die innere Verwaltung, 1861 S. 11.

²⁶⁾ Ebenso Seydel, a. D. S. 97; Dames, a. D. S. 68.

²⁷⁾ Ebenso Wielandt, a. D. S. 95; Dames, a. D. S. 77.

sein sollen. Nach dem Wortlaut des Paragraphen soll, wenn eine Person in „einem Bundesstaat“ Aufenthaltsbeschränkungen unterliegt, „jeder andre Bundesstaat“ sie ausweisen können. Also eventuell auch der Heimatsstaat des Bestraften? Wie die Motive zum Freizügigkeitsgesetz ergeben, war der Verfasser des Gesetzesentwurfes von dem Normalfall ausgegangen, daß der strafende Staat zugleich der Heimatsstaat sei²⁸⁾; nur die „andern Staaten“ sollten die Ausweisungsbefugnis haben. So ist auch das Gesetz zu verstehen. Denn man wird seiner Auslegung gleichfalls den Normalfall, an den der Verfasser der Motive gedacht hat, zu Grunde legen dürfen.

Aber auch abgesehen hiervon muß es als ausgeschlossen gelten, daß gerade das Freizügigkeitsgesetz das Recht des Staatsangehörigen auf Aufenthalt in seinem Heimatsstaat habe antasten wollen, denn dieses Recht ist der wesentlichste Bestandteil des Staatsbürgerrechts, ohne den letzteres ein „ausgeblasenes Ei“ wäre²⁹⁾. Mindestens aus einem Staat darf der Bestrafte nach § 3 nicht ausgewiesen werden, und dies kann nach dem Gesagten nur der Heimatsstaat sein³⁰⁾.

Hiermit stimmt nicht nur die herrschende Meinung, sondern auch die Praxis der Bundesstaaten überein. Der Bundesrat hat sogar durch den Beschluß vom 9. Juni 1894 ausdrücklich erklärt, daß eine Ausweisung da nicht erfolgen dürfe, wo der Betroffene die Staatsangehörigkeit oder einen Unterstützungswohnsitz genießt^{30a)}.

²⁸⁾ Vgl. Anm. 20. Die betr. Stelle lautet:

„Aus dem soeben (zur Begründung des § 3 Abs. 1) Bemerkten folgt mit Notwendigkeit, daß bestrafte Personen, welche infolge dieser Bestrafung Aufenthaltsbeschränkungen in ihrem Heimatsstaat unterworfen sind, auch einem andern Bundesstaat gegenüber nicht das volle Recht der Freizügigkeit in Anspruch nehmen können.“

Die Polizeiaufsicht, an die der Verf. hauptsächlich dachte (oben Anm. 20), war nach dem preuß. St.G.B. nur gegen Inländer zulässig, gegen Ausländer erfolgte Landesverweisung. Dem Verfasser war es daher selbstverständlich, daß „Aufhaltsbeschränkungen“ nur den Inländer treffen konnten. Vgl. Juristische Zeitschrift für Elbsaß-Lothringen 1889, S. 414 ff.

²⁹⁾ Seydel, Annalen des Deutschen Reichs 1890, S. 90.

³⁰⁾ Nicht etwa der des Unterstützungswohnsitzes, denn letzterer gibt kein Aufenthaltsrecht; vgl. Dames, S. 62 und Entsch. des Oberverwaltungsgerichts, Bd. 12 S. 408.

^{30a)} Ebenso Cahn, a. D. S. 63 ff.; Seydel, a. D.; E. Meyer, a. D.; Georg Meyer, a. D. S. 120 Anm. 11; Vogt, a. D.; Laband, a. D. Bd. I S. 145 Anm. 2, u. a.; v. Conta; a. D. S. 116 f.; abw. Dames, a. D.

Es fragt sich aber weiter, ob auch der strafende Staat die bestrafte Person dann, wenn die bezeichnete Voraussetzung nicht zutrifft, ausweisen darf. Obschon Zweckmäßigkeitsgründe für die Bejahung der Frage sprechen, muß man sie angesichts des klaren Wortlauts des Gesetzes gleichfalls verneinen. Dies ist auch die Auffassung Preußens sowie des Reichsamts des Innern, während die süddeutschen Staaten allerdings die entgegengesetzte Auffassung sowohl vertreten wie betätigen³¹⁾.

Ist jemand auf Grund des § 3 Abs. 2 des Freizügigkeitsgesetzes aus dem Gebiete eines Bundesstaates ausgewiesen, so verfällt er bei unerlaubter Rückkehr der Haftstrafe gemäß § 361 Abs. 2 R.St.G.B. Dagegen greift diese Strafvorschrift bei einem Verstoß gegen die dem Täter auferlegte „Aufenthaltsbeschränkung“, d. h. gegen die Unterfügung des Aufenthalts an einzelnen bestimmten Orten des Staatsgebietes, nicht Platz, auch sind für diesen Fall keine landesrechtlichen Strafvorschriften vorhanden. Die Polizei hat hier nötigenfalls von den ihr gesetzlich zustehenden „Zwangsmitteln“ Gebrauch zu machen.

II. Wir wollen uns nunmehr der Betrachtung der einzelnen Landesgesetze zuwenden und zunächst

A. das preußische Gesetz vom 31. Dezember 1842 einer eingehenden Erörterung unterziehen, da dieses trotz seiner Wichtigkeit für das Rechtsleben eine zusammenhängende Darstellung noch nicht gefunden hat³²⁾ und eine Reihe bedeutsamer Fragen nicht einmal zur Erörterung gelangt sind.

1. Voraussetzungen der Interdiction.

a) Genügt die Verhängung einer Geldstrafe für die Anwendung des Gesetzes von 1842? Obwohl § 2 Ziff. 2 Satz 2 (siehe Anlage) von Sträflingen spricht, die „zu Zuchthaus oder . . . irgend einer andern Strafe verurteilt sind“, muß man die Frage

³¹⁾ Vgl. besonders Eahn und Seydel, a. O. Die badischen Behörden stützen sich für diese Praxis, wie Herr Rechtsanwalt Dr. Eugen Josef Freiburg mir mitzuteilen die Güte hatte, auf §§ 3, 4 des bad. Gesetzes vom 5. Mai 1870 (Ges. Bl. S. 396), die unter gewissen Voraussetzungen die Ausweisung von Ausländern zulassen. Als „Ausländer“ in diesem Sinne betrachten die badischen Behörden die Nichtbadenser. Dies ist indessen mit Art. 3 der Reichsverfassung nicht vereinbar.

³²⁾ Die nach Abschluß dieser Abhandlung erschienene Schrift von Conta behandelt den Gegenstand auch nicht erschöpfend.

verneinen. Denn die Wendung „entlassene Sträflinge“ (Abs. 1), ja sogar schon der Gebrauch des Wortes „Sträflinge“ an sich, sowie die Zusammenstellung mit den Zuchthäuslern und die daraus sich ergebende Absicht des Gesetzes schließt solche Personen aus, die nur mit einer Geldstrafe belegt worden sind. Hiermit stimmen die staatsministeriellen Motive zu dem Gesetz von 1842 überein, indem sie ausführen, daß man die Interdiction nicht auf die Fälle der Zuchthausstrafe beschränken könne, sondern auch die der Gefängnisstrafe in Betracht ziehen müsse³³⁾. An Geldstrafen hat man also hierbei gar nicht gedacht. Auch das preussische Abgeordnetenhaus hat sich in dem noch zu erwähnenden Falle des Lehrers Wanda mit Entschiedenheit auf den Standpunkt gestellt, daß eine Geldstrafe Aufenthaltsbeschränkungen nicht begründen könne. Über die Auffassung der Regierung und des Obergerichtes ist in dieser Frage nichts bekannt.

Ebenso wenig wie eine Geldstrafe kann eine Freiheitsstrafe, die wegen Armut des Täters der erstern substituiert ist, die Verhängung der Interdiction rechtfertigen, denn nach dem Sinne des Gesetzes soll die letztere von dem Charakter der Tat und des Täters abhängen, und an diesen Faktoren wird durch das Unvermögen des Verurteilten zur Zahlung der Strafe nichts geändert.

β) Bestrafung wegen eines „Verbrechens“ ist weitere Voraussetzung für die Anwendung der Interdiction, indessen ist damit nichts gewonnen, da das Wort „Verbrechen“ hier im Sinne der 1842 maßgebend gewesenen preussischen Gesetzesprache zu verstehen ist und dieser zufolge nichts weiter als „strafbare Handlung“ bedeutet (vgl. §§ 7 ff. A.L.R. II 120)³⁴⁾.

γ) Weiter aber fordert das Gesetz, daß der Bestrafte, wenn das Urteil nicht gerade auf Zuchthaus lautet, sich als einen „für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlichen Menschen“ darstellt. Hiermit sind nun offenbar, wie auch die Zusammenstellung mit den zu Zuchthaus Verurteilten zeigt, besonders gefährliche Kriminelle gemeint. Allein dieses Kriterium eines höheren Grades der Kriminalität ist weder faßbar noch wird es in der Praxis festgehalten, und man kann ja schließlich fast von jeder zu einer

³³⁾ Mitgeteilt bei Gneist, a. D. S. 261.

³⁴⁾ Vgl. Entsch. des D.R.G. vom 24. Februar 1883 (Entsch. Bd. 9 S. 430), vom 26. September 1883 (Bd. 10 S. 338); Erlaß des Min. d. Innern vom 14. Dezember 1860, Ministerialblatt für die innere Verwaltung, 1861, 11.

Freiheitsstrafe verurteilten Person mit einigem Anschein sagen, daß sie sich für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlich erwiesen habe. Der Polizei ist damit eine äußerst bedenkliche Machtvollkommenheit beigelegt, bedenklich erstens insofern, als die Polizei wesentlich auf Grund der Akten und unvollkommener Berichte entscheidet und dadurch zu einer schablonenhaften Behandlung wichtigster Lebensinteressen gedrängt wird; zweitens aber auch um deswillen, weil der Polizei dadurch eine allzuseharfe Waffe in die Hand gegeben ist, mit der, namentlich in politisch erregten Zeiten, gar zu leicht Mißbrauch getrieben werden kann. Für beide Befürchtungen bieten die der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Fälle³⁵⁾ genügend Anhalt, obschon ihre Anzahl in Anbetracht der häufigen Anwendung des Gesetzes sehr gering genannt werden muß.

So hatte in dem Falle der oberverwaltungsgerichtlichen Entscheidung vom 26. September 1883 (Entsch. Bd. X S. 336) der Täter geständig einen ihm zur Reparatur anvertrauten Ring im Werte von 20 Mk. unterschlagen und seinem Wirt die Summe von 100 Mk. entwendet; er war dieserhalb mit 5 Monaten und 2 Wochen Gefängnis bestraft worden. In einem andern Erkenntnis (vom 24. Februar 1883, Entsch. Bd. IX 914 ff.) handelt es sich um eine mit 3 Monaten Gefängnis bestrafte Bestechung. In der Reichstagsitzung vom 19. Juni 1869 wurde der Fall eines Arbeiters erörtert, der nach dem Ausbruch des preussisch-österreichischen Krieges auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin Beschäftigung gefunden, sich hierbei eine österreichische Jacke und Hose angeeignet hatte und dieserhalb mit 2 Monaten Gefängnis bestraft worden war. An sich etwas schwerer, jedoch materiell ebensowenig polizeiliche Vorsichtsmaßregeln rechtfertigend, erscheint der Fall der oberverwaltungsgerichtlichen Entscheidung vom 25. Januar 1883 (Ministerialblatt für innere Verwaltung 1883, S. 59). Der Betroffene war hier wegen Urkundenfälschung zu 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft verurteilt worden. Die dieserhalb verhängte Interdiktion wird von der Polizei nicht etwa aus den besonderern Umständen des Falles, sondern mit einer offenbar ganz schematischen Begründung gerechtfertigt, nämlich mit „den besondern Verhältnissen der Stadt Berlin; außerdem lasse die Natur der dem K. zur Last fallenden Straftat ihn als

³⁵⁾ Vgl. auch weiter unten die Mitteilungen aus der sächsischen Praxis.

einen für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlichen Menschen erscheinen.“ Aber es liegt auf der Hand, daß gerade die „Natur“ der Urkundenfälschung an sich diesen Schluß keineswegs rechtfertigt, wenn man mit den Worten „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Moralität“ noch irgend einen greifbaren Sinn verbinden will.

Am bedenklichsten, und zwar in politischer Beziehung, liegt von den bekannt gewordenen Fällen der des Lehrers Wander, der das preussische Abgeordnetenhaus in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wiederholt beschäftigt hat³⁶⁾. Wander, Lehrer in Hirschberg, hatte sich nach der Auflösung der Deutschen Nationalversammlung für letztere erklärt, eine Deputation an den Landrat mitbeschlossen und darüber ein Protokoll unterzeichnet. Er wurde wegen dieses Verbrechens nicht allein seines Amtes entsetzt, sondern auch vom Schwurgericht wegen „Aufruhrversuches“ zu — 50 Rthr. Geldstrafe verurteilt, demnächst aber aus Löwenberg, wohin er gezogen war, um sich dort eine neue Existenz zu gründen, von der Polizeibehörde auf Grund des Gesetzes von 1842 ausgewiesen. Das Abgeordnetenhaus hat im Jahre 1859 auf den Antrag seiner Petitionskommission und ihres Referenten, des nachmaligen Staatsministers Dr. Falk, dieses Vorgehen der Polizei für ungesetzlich erklärt. Es ist allerdings nicht volle Klarheit darüber gewonnen worden, ob Wander nicht außerdem wegen Preßvergehens mit 4 Wochen Gefängnis bestraft worden war — der Kommissionsbericht des Abgeordnetenhauses stellt es in Abrede; aber selbst wenn jene weitere Vorbestrafung vorgelegen hätte, wäre das Verfahren der Polizei als ungeheuerlich zu bezeichnen.

2. Inhalt der Interdiktion.

Liegen die Voraussetzungen des § 2 Ziff. 2 des preussischen Gesetzes vor, so ist die Polizeibehörde berechtigt, den Sträfling „von dem Aufenthalt an gewissen Orten auszuschließen“. Es macht dafür keinen Unterschied, ob der Bestrafte schon zugezogen ist oder nicht; im erstern Fall untersagt die Polizei den weiteren Aufenthalt, im letztern Fall den Zuzug³⁷⁾. Immer aber darf sich die

³⁶⁾ Vgl. besonders Stenographische Berichte des preuss. Abgeordnetenhauses 1859 Bd. I S. 152 ff., sowie der Kommissionsbericht ebenda Bd. III S. 29 ff.

³⁷⁾ Entsch. des O.B.G., Bd. 12 S. 411.

Interdiction nur auf „gewisse Orte“ beziehen. Der innere Grund hierfür liegt darin, daß die Interdiction als polizeiliche Sicherheitsmaßregel nur aus den konkreten Verhältnissen des einzelnen Ortes zu rechtfertigen ist³⁸⁾. Die Polizei kann den Bestraften also auf Grund des Gesetzes von 1842 nicht aus dem Staatsgebiete ausweisen (auch wenn er nicht Preuße ist), ebensowenig aber z. B. aus einer ganzen Provinz. Dagegen steht nichts im Wege, in der Ausweisungsverfügung eine ganze Reihe von Ortschaften namhaft zu machen, von denen der Bestrafte sich fern zu halten hat (z. B. eine Großstadt und ihre sämtlichen einzelnen Vororte), auch ist die Polizei formell nicht gehindert, den Bestraften sukzessiv von einem Ort aus dem andern zu treiben. Eine örtliche Grenze ist allerdings der polizeilichen Machtvollkommenheit gesteckt. Das Gesetz vom 31. Dezember 1842 richtet sich nämlich, wie schon die Überschrift ergibt, nur gegen „neu anziehende“ Personen, d. h. nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts gegen solche Personen, die einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt an einem Orte, an dem sie ihn noch nicht haben, nehmen wollen. Der Bestrafte unterliegt also der Interdiction da nicht, wo er bereits einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat³⁹⁾. Dies bezieht sich zunächst einmal auf den letzten Wohnsitz, den der Verurteilte unmittelbar vor Antritt seiner Freiheitsstrafe gehabt hat, denn durch die Verbüßung der letztern an sich wird der frühere Wohnsitz nicht aufgehoben⁴⁰⁾, so wenig wie dadurch ein neuer Wohnsitz am Orte der Strafanstalt begründet wird. In Bezug auf den vorletzten und noch früheren Wohnsitz vor Antritt der Strafe ist die Interdiction natürlich nicht ausgeschlossen, es kommt vielmehr darauf an, ob der Bestrafte im Augenblick des Erlasses der polizeilichen Ver-

³⁸⁾ Vgl. den Ann. 34 genannten Ministerialerlaß sowie die Gesetzestexte der außerpreussischen Staaten (in der Anlage).

³⁹⁾ Entsch. des D.R.G. vom 24. Juni 1885, Bd. 12 S. 409; vom 20. April 1900, Bd. 37 S. 449; vom 7. Februar 1899 in Regers „Entscheidungen der Gerichte 1c.“, Bd. 19 S. 458.

⁴⁰⁾ Entsch. des D.R.G., Bd. 12 S. 409; des Reichsgerichts in Seufferts Entscheidungen, Bd. 40 S. 237; auch der Wegzug der Familie genügt noch nicht, Oberstes Landesgericht für Bayern, ebenda Bd. 56 S. 434. Natürlich kann die Strafhast aus andern Gründen zur Aufhebung des Wohnsitzes führen, und nur in diesem Sinne sind wohl die von Conta S. 160 mitgeteilte Entsch. des D.R.G. vom 23. Dezember 1898 und die eignen Ausführungen Conta's zu verstehen.

fügung als „neu anziehend“ zu betrachten ist. Daraus folgt nun andererseits, daß sich der Bestrafte auch nach der Entlassung ein neues, die Interdiction ausschließendes Aufenthaltsrecht erwerben kann, nämlich da, wo er nach dem angegebenen Zeitpunkt einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt erlangt hat. Hierzu bedarf er einer polizeilichen Genehmigung keineswegs, ihm liegt nur die allgemeine polizeiliche Meldepflicht ob, deren Außerachtlassung indessen nur eine geringe Strafe, nicht dagegen die Unwirksamkeit des erworbenen Wohnsitzes oder dauernden Aufenthaltes nach sich zieht⁴¹⁾. In jedem Falle ist die Interdiction nur so lange zulässig, wie der Verurteilte noch als „neu anziehend“ betrachtet werden kann. Dies ist nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts während des Zeitraums zulässig, dessen die Polizei bedarf, um die für ihre Entschließungen notwendigen Ermittlungen anstellen zu können (vorausgesetzt, daß sie den Zugang des Bestraften alsbald in Erfahrung gebracht hat⁴²⁾). Hat die Behörde dagegen das Interdiktionsverfahren ruhen lassen oder dem Bestraften den Aufenthalt, sei es auch nur auf eine längere Frist oder unter Vorbehalt ihres Ausweisungsrechtes, gestattet, hat sie also, mit einem Wort gesagt, den Bestraften erst ansässig werden lassen, so hat sie ihre Interdiktionsbefugnis verloren; Fristbestimmungen und Vorbehalt sind wirkungslos⁴³⁾. Die Unterlassung der Interdiction kann deshalb auch nicht an Bedingungen geknüpft werden, und dies ist sehr wichtig, weil letztere sonst dazu benutzt werden könnten, um eine Polizeiaufsicht ohne richterliche Ermächtigung einzuführen.

Fraglich kann erscheinen, ob das nach der Entlassung an einem Orte erworbene Aufenthaltsrecht dadurch verloren geht, daß der Bestrafte an einen andern Ort zieht. Man wird die Frage bejahen müssen, denn wenn der Bestrafte nunmehr an den ersten Ort zurückkehrt, ist er an diesem wieder ein „Neuanziehender“⁴⁴⁾.

Die im Vorstehenden umschriebene örtliche Begrenzung der

⁴¹⁾ Bgl. § 10 des Freizügigkeitsgesetzes.

⁴²⁾ Entsch. des O.B.G. vom 24. Juni 1883 (Entsch. Bd. 12 S. 410) und vom 24. Juni 1899, bei Reger, XIX, 459.

⁴³⁾ Entsch. des O.B.G. vom 20. April 1900 (Entsch. Bd. 37 S. 449) und vom 7. Februar 1899 bei Reger, Bd. XIX S. 458.

⁴⁴⁾ Die Bemerkung bei Leuß: „Aus dem Zuchthause“ (S. 225) dürfte auf Mißverständnis beruhen. Bgl. die bei Cona S. 160 zitierte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts.

polizeilichen Interdiction versagt gänzlich da, wo der Bestrafte nirgends ansässig, also überall „neu anziehend“ ist. Dies kann von unheilvoller Bedeutung nicht nur für Heimatlose, sondern auch für solche Personen werden, die infolge ihrer Bestrafung ihren früheren Wohnsitz aufgegeben haben, um anderwärts ihr Fortkommen zu suchen. Sie haben alsdann gleichfalls nirgends ein Aufenthaltsrecht mehr und sind der Willkür der Polizei schutzlos preisgegeben. Indessen kann man vielleicht aus den Entscheidungen des Obergerwaltungsgerichts, wonach jeder Bestrafte während der Dauer der über ihn angestellten polizeilichen Ermittlungen „neu anziehend“ bleibt, den Schluß ziehen, daß er wenigstens während dieser Zeitpanne das Aufenthaltsrecht an seinem früheren Wohnorte nicht verloren habe. Allein selbst diese Frage ist höchst zweifelhaft. Einschlägige Entscheidungen der Verwaltungsgerichte sind nicht vorhanden. Man sieht hier wieder, welche Fußangeln in dem Gesetze vom 1842 liegen.

Die Folge der Interdiction besteht darin, daß der Interdizierte sich an dem betreffenden Ort nicht niederlassen darf. Ein vorübergehender Aufenthalt ist ihm nicht verwehrt. Dies geht besonders aus § 14 des Gesetzes hervor, wonach letzteres „auf Personen, die sich bloß als Fremde oder Reisende an einem Orte aufhalten“, nicht anzuwenden ist⁴⁵⁾. Wann der vorübergehende Aufenthalt zum dauernden wird, ist eine Tatsache, deren Beantwortung erhebliche Schwierigkeiten verursachen kann.

3. Dauer der Interdiction.

Eine Maximalfrist für die Interdiction ist in dem preussischen Gesetz nicht vorgesehen; die Maßregel wird demgemäß in der Praxis ohne zeitliche Grenze, also „lebenslänglich“ verhängt. Ebenförmig besteht eine Frist, nach deren Ablauf eine Interdiction nicht mehr ausgesprochen werden dürfte. Cahn⁴⁶⁾ erwähnt den Fall einer bestraften Person, die zehn Jahre nach Verbüßung ihrer Strafe aus Berlin mit der Begründung ausgewiesen wurde, daß sie für die öffentliche Sicherheit Berlins noch immer gefährlich erscheine, weil — zur Zeit ein Ermittlungsverfahren wegen straf-

⁴⁵⁾ Urteil des O.V.G. vom 26. September 1883. Entsch. Bd. X S. 338; v. Conta, a. D. S. 160.

⁴⁶⁾ A. D. S. 61.

baren Eigennutzes und Sachbeschädigung bei der Staatsanwaltschaft gegen sie schwebt!

4. Rechtsschutz.

Gegen die polizeiliche Ausweisungsverfügung findet seit Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Preußen — ebenso wie in den andern Bundesstaaten — die Klage im Verwaltungsstreitverfahren (sowie die Beschwerde im Verwaltungswege) statt; der entgegenstehende Abs. 3 des § 2 des preussischen Gesetzes von 1842 ist beseitigt.

Die verwaltungsrichterliche Prüfung hat sich nun nicht auf die Zweckmäßigkeit der angegriffenen Verfügung, sondern nur darauf zu erstrecken:

1) ob der Kläger durch Gesetzesverletzung in seinen Rechten beeinträchtigt worden ist;

2) ob die tatsächlichen Voraussetzungen bestanden haben, die die Polizeibehörde zum Erlasse der Verfügung berechtigt haben würden (§ 127 Abs. 3 A.L.V.G.).

Das Obergerverwaltungsgericht hat die ihm hiernach obliegende Rechtskontrolle über die Handhabung des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 im ganzen in verdienstlicher und erfolgreicher Weise ausgeübt. Nur in einem, freilich sehr wichtigen Punkte, muß ihm diese Anerkennung versagt werden. Wie sich aus Ziff. 2 des § 127 Abs. 3 A.L.V.G. ergibt, hat sich das Verwaltungsgericht im einzelnen Falle selbst darüber schlüssig zu werden, ob sich die bestrafte Person als „ein für die öffentliche Ordnung oder Moralität gefährlicher Mensch darstellt“. Statt dessen beschränkt sich das Obergerverwaltungsgericht auf die Nachprüfung, ob die Polizei nicht geradezu willkürlich gehandelt habe, ob die Gründe ihrer Verfügung „nicht außerhalb des durch das Gesetz für die tatsächliche Begründung der Ausweisungsverfügung gezogenen Rahmens liegen“. Das Gericht begnügt sich daher mit den ganz formularmäßigen und nichtsagenden Begründungen, wie sie in dem oben S. 354 angeführten Falle des Urteils vom 25. Januar 1883 kennen gelernt haben. Damit ist weder den Aufgaben der Verwaltungsrechtspflege noch der Vorschrift des § 127 A.L.V.G. genügt. Es hätte vielmehr auf Grund eingehender Würdigung des Vorlebens und der sonstigen Verhältnisse des Täters, insbesondere aber der Motive der Straftat, untersucht werden müssen, ob der Verurteilte als eine Persönlichkeit der im Gesetz gekennzeichneten Art angesehen werden

durfte. Die Maßregel der Ausweisung ist wahrlich so hart, daß geradezu ängstlich geprüft werden sollte, ob wenigstens ihre geringen gesetzlichen Voraussetzungen tatsächlich vorgelegen haben.

5. Geltungsbereich des Gesetzes vom 31. Dezember 1842.

Das Gesetz ist in die 1866 erworbenen Provinzen nicht eingeführt; seine Geltung daselbst ist auch nicht ohne weiteres anzunehmen, da es nicht, wie § 10 A.L.R. II, 17, einen organischen Grundsatz des preußischen Staatsrechts bildet. In den neuen Provinzen kann daher die Interdiction nicht verhängt werden⁴⁷⁾, auch nicht gegen eine Person, die in einer der alten Provinzen bestraft ist und hier Aufenthaltsbeschränkungen unterliegt. Denn die Interdiction stellt sich nach dem oben erörterten und von der preußischen Praxis angenommenen Grundsatz nicht als eine Strafe, die an dem Verurteilten überall im Gebiet des strafenden Staates zu vollstrecken wäre, sondern als eine polizeiliche Wohlfahrtsmaßregel im Interesse der betreffenden Gemeinden dar, und solche Maßregeln können nur innerhalb der gesetzlichen Befugnisse ausgesetzt werden, die der Polizeibehörde zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in der Gemeinde zustehen; es entscheidet also gewissermaßen das Real-, nicht das Personalstatut. Ebenso wenig aber kann die Polizeibehörde die in Altpreußen interdictierte Person auf Grund des § 3 Abs. 2 des Reichsfreizügigkeitsgesetzes aus einem Ort der neuen Provinzen, oder aus den letzteren überhaupt ausweisen, denn § 3 Abs. 2 ist nur im Verhältnis des einen Bundesstaates zum andern anwendbar. Man kann danach dem in seiner Aufenthaltsfreiheit Beschränkten nur raten, sich in einer der neuen Provinzen niederzulassen; dort muß er unbehelligt bleiben.

B. Hinsichtlich der außerpreussischen Gesetze können wir uns kurz fassen. Sie sind viel präziser gearbeitet und geben bedeutend mehr Einzelvorschriften, so daß sie nicht so viel Zweifel erregen können wie das preussische. Im übrigen sind sie zeitlich erheblich jünger und sachlich immerhin befriedigender als dieses, von dem sie sich durchgängig in zwei Hauptpunkten unterscheiden:

1. Die Straftaten, wegen deren die Interdiction zulässig ist, sind näher umschrieben; als Moment für die Zulässigkeit kommt neben der Schwere der Strafe namentlich der Rückfall in Betracht.

⁴⁷⁾ Siehe Anm. 4.

2. Die Interdiction ist nur innerhalb eines bestimmten Zeitraumes und nur auf bestimmte Zeit zulässig.

Wegen der Einzelheiten verweise ich auf die in der Anlage abgedruckten Gesetze. Zur Erläuterung sei noch bemerkt:

1. Das bayrische Gesetz⁴⁹⁾ läßt das Verbot des Aufenthalts nur für eine fremde Gemeinde zu. Den Gegensatz zur fremden bildet die Heimatsgemeinde, bekanntlich ein spezifischer Begriff des bayrischen Staatsrechts, das den norddeutschen „Unterstützungswohnsitz“ nicht übernommen hat. Die Ziffern 5 und 6 des Art. 46 unterscheiden sich hauptsächlich dadurch, daß der letztere eine Straftat voraussetzt, die in der Gemeinde der Aufenthaltsbeschränkung verübt sein muß. Ziff. 5 hat diese Voraussetzung nicht, wegen der hier genannten Straftaten kann dem Verurteilten also in jeder bayrischen Gemeinde (außer der Heimatsgemeinde) untersagt werden. Diese Vergehungen sind dementsprechend die schwereren; ganz allgemein sind die mit einer Zuchthausstrafe von mehr als 5 Jahren belegten Verbrechen, außerdem die Sittlichkeits- und gewisse Eigentumsdelikte, aber auch Wildddiebstahl, Forstfrevel und ähnliche Vergehungen hierher gestellt.

2. Das württembergische Gesetz ist weniger streng als das bayrische. Eigentümlich ist ihm, daß es nicht zwei besondere Fristen, die eine für die Zulässigkeit, die andre für die Höchstdauer der Interdiction, sondern nur eine einheitliche, von der Verhängung der Strafe an zu berechnende Frist kennt, über die hinaus der Aufenthalt nicht beschränkt werden darf.

3. In Sachsen hatte früher ein dem preussischen Gesetz nahe verwandtes Gesetz vom 26. November 1834, das sogenannte „Heimatsgesetz“ gegolten, das von den sächsischen Behörden in der rigorosesten Weise gehandhabt wurde. Geringe polizeiliche Haftstrafen wurden für ausreichend erachtet, um eine Interdiction zu begründen. Insbesondere wurde sie häufig über sozialdemokratische Politiker verhängt, z. B. der Abgeordnete v. Vollmar wiederholt wegen Preßvergehens ausgewiesen. Es ist bezeichnend, daß diese und andre Ausweisungen zwar unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes erfolgten, aber nicht etwa auf Grund dieses Gesetzes; selbst aus dem letzteren hätten sie sich nämlich nicht rechtfertigen lassen.

⁴⁹⁾ Darüßer Dames a. D.

Am meisten Aufsehen erregte der noch vor dem Sozialistengesetz liegende Fall des sozialdemokratischen Redakteurs Muth. Dieser war im Jahre 1873 wegen einer Polizeiübertretung preßrechtlicher Art von der Leipziger Polizeidirektion zu einer Haftstrafe von 6 Tagen verurteilt und demnächst von derselben Behörde auf Grund derselben Bestrafung ausgewiesen worden. Dieses Verfahren gab den Anlaß zu wiederholten Interpellationen und Verhandlungen im sächsischen Landtag⁴⁹⁾, und zwar zuerst im Jahre 1874. Die zweite Kammer beschloß damals, die Regierung um die Vorlegung eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, der die polizeilichen Befugnisse im Interesse der Rechtsicherheit einschränken sollte. Die Regierung stand der Tendenz des Antrages nicht eigentlich unsympathisch gegenüber, der Minister (v. Rostiz) gab zu, daß er „die Bestimmung, die im § 3 des Freizügigkeitsgesetzes vom 1. November 1867 getroffen sei, nicht für eine glückliche halte“, er meinte indessen, daß definitiv die Materie nur durch die Reichsgesetzgebung erledigt werden könne⁵⁰⁾, übrigens ein bemerkenswertes Zugeständnis. Da die Regierung dem Verlangen der zweiten Kammer indessen nicht Folge leistete, wurde sie zunächst im Jahre 1876 und sodann nach sehr lebhafter und interessanter Verhandlung im Jahre 1882⁵¹⁾ noch einmal an die Vorlegung des fraglichen Gesetzentwurfes erinnert. Ungefähr gleichzeitig brachten der Abgeordnete Bebel und Genossen im Reichstag einen Antrag ein, der darauf gerichtet war, die in Sachsen vorgekommenen Ausweisungen der sozialdemokratischen Politiker wegen Polizeiübertretungen, Preßvergehen u. dergl., als gegen das Reichsrecht verstößend zu kennzeichnen und den Reichskanzler zu ersuchen, für die Beachtung des Reichsrechts Sorge zu tragen. Die Petitionskommission des Reichstags nahm den sozialdemokratischen Antrag einstimmig an, zur Plenarverhandlung gelangte er jedoch nicht mehr⁵²⁾.

⁴⁹⁾ Vgl. besonders die Mitteilungen der zweiten Kammer über die Verhandlungen des ordentlichen Landtages im Königreich Sachsen, Session 1873/74 Bd. II S. 1781 ff. und dazu Berichte derselben Kammer, Bd. I S. 671 ff.

⁵⁰⁾ Mitteilungen a. D. S. 1789.

⁵¹⁾ Sitzung vom 21. Februar 1882, Mitteilungen der zweiten Kammer, Bd. II S. 1033 ff.

⁵²⁾ Stenographische Berichte des Reichstags 1882/83, Bd. VI S. 707 ff. (Nr. 196 der Drucksachen). — 9. Bericht der Petitionskommission.

Zimmerhin dürfte es hauptsächlich auf ihn zurückzuführen sein, daß die Regierung dem sächsischen Landtage im Jahre 1886 einen Gesetzentwurf vorlegte, der der Interdiction engere Schranken zog und, wiederum nach erregten Verhandlungen, schließliche Annahme fand⁵³⁾. Eine Spur der vorangegangenen Kämpfe findet man u. a. in dem § 2 Abs. 2 des sächsischen Gesetzes, der Ausweisungen auf Grund gewöhnlicher Polizeiübertretungen unmöglich macht.

4. Über die Angiltigkeit des anhaltischen Gesetzes oben Anm. 23. Sachlich ist es relativ noch das beste unter den fünf Gesetzen.

Kritischer Teil.

Die polizeilichen Aufenthaltsbeschränkungen bestrafter Personen sind vom legislativen Standpunkt aus entschieden zu verwerfen, wenigstens soweit sie nicht als Folge der Stellung unter Polizeiaufsicht eintreten⁵⁴⁾.

Betrachten wir einmal die Gründe, mit denen die dem Staatsrat vorgelegten Motive des preussischen Staatsministeriums den § 2 des Gesetzes vom 31. Dezember zu rechtfertigen unternommen hatten⁵⁵⁾. Es handelte sich im wesentlichen um zwei Gründe: 1. entstanden durch die Freiheit der Niederlassung häufig förmliche Sammelplätze von bestraften Verbrechern, so z. B. in den den großen Strafanstalten nächstliegenden Ortschaften. Ferner siedelten sich ganze Klassen von Gewohnheitsverbrechern an kleineren Orten so zusammen, daß solche fast den Anschein von Verbrecherkolonien gewannen — wie in der Nähe der Grenze gewalttätige Schmugglerbanden, in der Nähe großer Forsten Wilddiebe geradezu die Mehrheit der Bevölkerung bildeten. Auch wisse der in unsern Provinzen Bewanderte, wie ganze Ortschaften von altersher als Sammelplätze für Diebstahl, Fehlerei und dergl. bekannt seien,

⁵³⁾ Hierüber besonders Berichte der zweiten Kammer, 1885/86 Bd. I S. 82, Mitteilungen derselben Bd. I S. 582 ff., Bd. II S. 1555. v. Conta, S. 110 ff., begeht den Fehler, die Interdiktionsbefugnis auf Grund des Heimatsgesetzes (§ 17) noch fortbestehend zu betrachten.

⁵⁴⁾ Von deren Erörterung wir hier ganz absehen, ohne damit eine Zustimmung zu ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung zum Ausdruck bringen zu wollen.

⁵⁵⁾ Vgl. Sneyd a. D., Entsch. des D.R.G. vom 24. Februar 1883, Bd. 9 S. 414 ff. Diese Motive sind entschieden gründlicher als die zu den neueren Gesetzen der andern Staaten.

wie namentlich die Nachbarschaft von Messen, großen Märkten, reichen Handelsplätzen und dergl. häufig die Veranlassung zur Ansiedlung von Komplizen gewisser Eigentumsverbrecher würden. Dagegen müsse der Polizei ein Mittel an die Hand gegeben werden; 2. hielt man es für erforderlich, den Zugzug der Verbrecher von den Großstädten, insbesondere von Berlin fernzuhalten, weil hier die verschiedensten Verbrechen ein ergiebiges Feld fänden und jene Städte zu Sammelplätzen der Verbrechermwelt machten.

Ausdrücklich zurückgewiesen wurde sowohl vom Staatsministerium wie von dem Staatsrat die besonders von dem Westfälischen Provinziallandtag lebhaft vertretene Auffassung, daß man die Gemeinden schlechthin aus sozialen und finanziellen Gründen gegen den Zugzug entlassener Sträflinge schützen (und womöglich den Kommunen ein Einspruchsrecht gewähren) müsse. In der Tat entspringt diese Auffassung einem Standpunkt beschränktester Kirchturnpolitik, denn natürlich würde jede Gemeinde, wo sie es könnte, den entlassenen Sträfling von sich weisen, die eine würde ihn immer der andern zuschieben usw. Dem berechtigten finanziellen Interesse der Gemeinden an der Fernhaltung subsistenzloser Personen ist jetzt übrigens durch die §§ 4, 5 des Freizügigkeitsgesetzes Rechnung getragen, so daß dieses Moment sich in keinem Falle mehr zu gunsten des Gesetzes von 1842 und der andern Landesgesetze verwerten läßt.

Betrachten wir nunmehr die beiden für die Begründung des Gesetzes von 1842 akzeptierten Argumente, so darf bei ihrer Gesamtwürdigung von vornherein nicht außer acht gelassen werden, daß das preussische Strafrecht im Jahre 1842 (abgesehen von Rheinpreußen⁵⁶⁾ das Institut der Stellung unter Polizeiaufsicht nicht kannte. Dieses verfolgt gleichfalls den Zweck, die öffentliche Sicherheit gegen besonders gefährliche Individuen zu schützen. Wenn nun auch die Interdiction durch die Einführung der Polizeiaufsicht nicht formell beseitigt worden ist, so ist sie doch materiell durch dieselbe überflüssig geworden. Es könnte sich höchstens fragen, ob die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht, soweit ein Bedürfnis nachgewiesen wird, weiter auszudehnen ist, z. B. auf die gewerbmäßige Schmuggellei. Ein Nebeneinander beider Institute läßt sich nicht rechtfertigen, zumal die Interdiction praktisch hauptsächlich bei

⁵⁶⁾ Nur hierauf bezog sich § 2 Ziff. 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1842.

den Vergehungen zur Anwendung gelangt, die auch Stellung unter Polizeiaufsicht nach sich ziehen können (hierüber noch später).

Die Gründe, auf die sich Staatsministerium und Staatsrat seinerzeit gestützt haben, entbehren ihrerseits unter den gegenwärtigen Verhältnissen aller Beweiskraft. Was besonders die S. 363 unter Ziff. 1 wiedergegebene Schilderung der Sicherheitsverhältnisse einzelner Teile des Staats anlangt, so trifft diese auf die Gegenwart in keiner Weise mehr zu. Man darf ruhig sagen, daß auch nicht eins der angeführten Momente heute noch der Wirklichkeit entspricht — eine Folge der ungeheuren Wandlungen, die Verkehr, Wirtschaftsleben, Recht und Verwaltung in dem letzten halben Jahrhundert bei uns erlitten haben.

Was nun die großen Städte anlangt, so weisen sie allerdings eine höhere Kriminalitätsziffer als das Land auf — auch im Geltungsgebiete des Gesetzes von 1842. Es hat also nichts Wesentliches zu leisten vermocht, und das kann nicht wunder nehmen. Die Ausweisungsbefugnis der Polizei versagt zunächst völlig gegenüber den Personen, die vor ihrer Verurteilung in der betreffenden Stadt, sagen wir Berlin, ansässig gewesen sind, und das ist die erdrückende Mehrzahl. Aber auch den andern wird durch das Gesetz von 1842 ein vorübergehender Aufenthalt in Berlin nicht versagt, und es bedarf ja der dauernden Niederlassung nicht, um strafbare Handlungen zu begehen. Die Hauptsache jedoch ist, daß das der öffentlichen Sicherheit wirklich gefährliche Gesindel sich der polizeilichen Kontrolle sehr einfach dadurch zu entziehen weiß, daß es die polizeiliche Anmeldung unterläßt oder sich unter falschem Namen anmeldet. Damit ist der Zweck des Gesetzes vereitelt.

Die Gegenprobe auf das Exempel liegt darin, daß Baden, Elsaß-Lothringen und Hessen entsprechende Gesetze nicht haben, trotzdem sie eine sehr günstige Kriminalitätsziffer im Verhältnis zum Reichsdurchschnitt aufweisen und bisher keine Neigung gezeigt haben, dem Beispiel der vier Königreiche zu folgen, und ebenso ist man bisher in den 1866 neu erworbenen preussischen Provinzen ohne ein Interdiktionsgesetz sehr gut ausgekommen.

Unter den heutigen Verhältnissen die Notwendigkeit der Interdiction für die Zwecke der polizeilichen Sicherheitspflege in beweiskräftiger Weise darzutun, ist schlechthin eine Unmöglichkeit. Indessen ist dies alles noch nicht einmal das Entscheidende. Es ist

nämlich prinzipiell und unter allen Umständen verfehlt, die Interdiktion, wie die betreffenden Landesgesetze und ihre Begründungen durchweg tun, lediglich unter dem polizeilichen Gesichtspunkt zu betrachten, dieser darf nicht einmal in erster Linie stehen. Vielmehr ist vor allem nach der kriminalpolitischen Berechtigung der Maßregel zu fragen. Kann man auch nach Lage der bestehenden Gesetzgebung die Interdiktion nicht als Strafe im technischen, dogmatischen Sinne bezeichnen, so wird sie doch vom Täter natürlich als eine solche empfunden — ist sie doch ein ihm als Folge seiner Tat auferlegtes Übel. Sie greift weiter einschneidend — unter Umständen in höherem Maße als die eigentliche Strafe selbst — in die persönlichen Verhältnisse des Täters ein und kann namentlich für sein Verhalten in krimineller Beziehung von großer Bedeutung werden. Alle diese Momente werden bei der gegenwärtig noch maßgebenden Auffassung der Interdiktion übersehen, die Person des Täters wird bei jener „polizeilichen“ Betrachtungsweise einfach völlig ausgeschaltet.

Wird nun aber die Kriminalpolitik zur Richterin über Wert oder Unwert der Interdiktion aufgerufen, so kann ihr Urteil nur vernichtend ausfallen. Denn ihre erste und selbstverständliche Forderung ist es natürlich, daß alles geschieht, um den Bestraften möglichst wieder zu einem nützlichen Mitgliede der bürgerlichen Gesellschaft zu machen. Dem arbeitet aber die Interdiktion geradezu entgegen.

Findet sie doch, z. B. vermöge ihrer juristischen Gestaltung, hauptsächlich in solchen Fällen Anwendung, wo der Bestrafte seine frühere Existenz verloren hat und nun an irgend einem Orte „neu anzieht“, um daselbst seinen Erwerb zu suchen. Von der ihm drohenden Ausweisung weiß er nichts, denn es ist ihm nie etwas darüber mitgeteilt worden.

Nachdem er nun mit Not und Mühe vielleicht eine Stellung gefunden hat⁵⁷⁾, trifft plötzlich die Ausweisungsordre von der Polizei ein, die inzwischen nach Eingang der polizeilichen Anmeldung die Strafakten eingefordert, eventuell weitere Nach-

⁵⁷⁾ Mir ist der Fall eines jungen Handlungsgehilfen bekannt, der aus Leichtsinne seinem Prinzipal Gelder unterschlagen, nach erfolgter Bestrafung und Entlassung aus dem Gefängnis eine gute Stellung in Berlin gefunden und zur Zufriedenheit seines neuen Prinzipals versehen hatte, dann aber die Ausweisungsordre erhielt und Berlin sofort verlassen mußte.

forschungen angestellt und in dem bekannten behörblichen Geschäftsgang nach sehr geraumer Zeit zu dem Entschluß gekommen ist, den Zugezogenen auszuweisen. Jetzt erfährt natürlich alle Welt von der Vergangenheit des Bestraften, und dieser muß mit Schimpf und Schande beladen an einen andern Ort, sein Glück zu versuchen, wo er freilich Gefahr läuft, wiederum nach einiger Zeit ausgewiesen zu werden.

„Der Hinweis des Klägers darauf, daß ihn die Ausweisung aus einem ehrlichen Erwerbe, wie er ihn zu Berlin gefunden, von neuem in Not und Verlegenheit versetze, kann nicht berücksichtigt werden“,

sagt das Obergerwaltungsgericht in seiner Entscheidung vom 25. Januar 1883, denn das Gesetz nimmt hierauf in der That keine Rücksicht.

Statt also den Bestraften, die ohnehin im bürgerlichen Leben Schwierigkeiten genug begegnen, nach Verbüßung der Strafe das Fortkommen möglichst zu erleichtern, verhindert man sie gewaltsam an der Erlangung eines redlichen Erwerbs. Bei der schwachen sittlichen Energie, die man bei Bestraften überaus häufig antrifft, müssen diese ja angesichts solcher Schwierigkeiten dem Verbrechen wieder in Arme getrieben werden.

Am schwersten werden durch die Interdiction übrigens meist diejenigen Verurtheilten betroffen, die den sogenannten „besseren Ständen“ angehören. Sie haben gewöhnlich ein großes Interesse daran, ihren Wohnsitz nach Berlin oder einer andern Großstadt zu verlegen, wo die Interdiction gerade besonders scharf gehandhabt wird. (Siehe unten S. 368.) Einerseits macht sich nämlich solchen Personen die Ausstoßung aus der Gesellschaft in einer Großstadt weniger bemerkbar, und anderseits finden sie dort eher Beschäftigung. Hieraus dürfte es sich erklären, daß es sich in den vom Obergerwaltungsgericht entschiedenen Fällen anscheinend meist um Personen der angegebenen Art handelte.

Leicht kann es ferner vorkommen, daß die Interdiction den Entlassenen gerade von den Personen losreißt, bei denen er noch am ehesten einen Rückhalt finden könnte. Überhaupt sind unzählige Fälle denkbar, in denen die Ausweisung seine wichtigsten Lebensinteressen verletzen muß.

Man wird nun vielleicht einwenden, daß die Polizei bei geeigneter Handhabung des Gesetzes solche Härten vermeiden

könne⁵⁸⁾. Aber gerade das freie polizeiliche Ermessen, auf das man sich hierbei beruft, ist der zweite Kardinalfehler des geltenden Rechtes. Es ist eines Rechtsstaates schlechthin unwürdig, daß die Polizeibehörde selbständig und auf unbegrenzte Dauer die persönliche Freiheit eines einzelnen Bürgers beschränken darf; die Polizeibehörden sind dazu angesichts ihrer Tradition, Besetzung, Abhängigkeit und ihres Verfahrens in keiner Weise befähigt.

Im übrigen ist auch nicht zuzugeben — obgleich dies nicht wesentlich ist —, daß die polizeiliche Praxis tatsächlich im allgemeinen das Richtige getroffen hat. Von der sächsischen Praxis wird dies gewiß niemand behaupten wollen. Was Preußen anlangt, so sind von den Fällen der Anwendung des Gesetzes von 1842, die sicherlich nach Tausenden zählen, m. W. nur wenige — die im „Dogmatischen Teil“ erwähnten — bekannt geworden, aber schon aus diesen kann man ersehen, in welchem Geist die Anwendung des Gesetzes in Preußen erfolgt.

Besonders hart wird das preußische Gesetz, wie bereits angedeutet, in den Großstädten, zumal in Berlin gehandhabt. Hier sind für die Praxis der Polizei noch alte, auf Kabinettsordres zurückgehende Ministerialreskripte aus den Jahren 1822 und 1824, der Zeit der Demagogenverfolgungen, maßgebend⁵⁹⁾. Diese Reskripte stellen den Grundsatz auf, nur solche Personen in Berlin zuzulassen, „die sich über ihren bisherigen unbescholtenen Lebenswandel . . . ausweisen könnten“. Es ist daher bereits in den Motiven des Staatsministeriums zu dem Gesetz von 1842 von der den Kabinettsordres entsprechenden strengeren Praxis des Berliner Polizeipräsidentiums die Rede. Diese größere Strenge bedeutet aber nichts anderes, als daß auf die persönlichen Verhältnisse des Verstraften grundsätzlich keine Rücksicht genommen wird.

⁵⁸⁾ Die in einem Einzelfalle ergangene Entsch. des Ministers des Innern vom 14. Dezember 1860 (Ministerialblatt für die innere Verwaltung 1861 S. 11) enthält einige beachtliche Gesichtspunkte. Sie hat übrigens keine allgemeine Bedeutung, insbesondere für die Großstädte. (Siehe weiter unten).

⁵⁹⁾ Vgl. Sneyd a. D., Conta, S. 161. Man spricht hier von dem „Privilegium der Stadt Berlin“. Unrichtig ist es aber, dasselbe, wie v. Conta es tut, als gleichwertige Rechtsquelle neben das Gesetz vom 31. Dezember 1842 zu stellen. Die betreffende Kabinettsordre nebst den Ministerialreskripten hat keine Gesetzeskraft, das Privilegium gilt lediglich fort auf Grund und im Rahmen des Gesetzes vom 31. Dezember 1842.

Von großem Interesse ist hier, was Rosenfeld in seiner Schrift über die Geschichte des Berliner Vereins zur Besserung entlassener Strafgefangenen ausführt. Er erwähnt dort (S. 135), daß Ausweisungen auf Grund des Gesetzes von 1842 „überaus häufig“ vorkämen. Wiederholt hätten sich, so teilt Rosenfeld mit, die Herren (Strafanstaltsdirektoren) Geh. Justizrat Dr. Wirth und Major a. D. Zilligus der Mühe, die meist erfolgreich gewesen sei, unterzogen, im Namen des Vereins bei dem Herrn Polizeipräsidenten zu gunsten eines Gefangenen vorstellig zu werden und zu bewirken, daß der drohende Ausweisungsbefehl nicht erlassen, der erlassene zurückgenommen worden sei.

Der Verfasser hat damit die Sachlage treffender gekennzeichnet, als er es wahrscheinlich — bei dem offiziellen Charakter der Schrift — beabsichtigt hatte. Aus seinen Mitteilungen ist nämlich erstens zu entnehmen, daß die Interdiktion die menschenfreundlichen Zwecke des Vereins häufig durchkreuzt, und zwar so sehr, daß die sicher beruflich ohnehin zur Genüge in Anspruch genommenen Strafanstaltsdirektoren den Weg zum Polizeipräsidenten für einen Gefangenen nicht gescheut haben. Wie aber, wenn eine hochgestellte Persönlichkeit nicht vorhanden ist, die sich für den Gefangenen verwenden will oder kann? Denn der Weg der „persönlichen Verwendung“ ist — und das wäre die zweite Lehre der Rosenfeldschen Schrift, wenn man es nicht ohnehin wüßte — der gangbarste, um im Verwaltungsverfahren etwas zu erreichen. Damit soll natürlich nichts gegen die Objektivität der beteiligten Faktoren gesagt sein, im Gegenteil. Der Fehler liegt eben im System.

Und nicht nur mit den Forderungen der Kriminalpolitik setzt sich die polizeiliche Interdiktionsbefugnis in Widerspruch, sondern auch mit dem Grundsatz, daß Maßnahmen der Verwaltungsbehörden sich nicht in Widerspruch zu einer richterlichen Beurteilung des Sachverhältnisses setzen dürfen. Dieser Widerspruch tritt in dem häufigen Fall hervor, daß der Richter nach dem Gesetze auf Stellung unter Polizeiaufsicht hätte erkennen können, dies aber unterlassen hat. Damit erklärt das Gericht, daß bei dem Verurteilten die Gefahr des Rückfalles und der Störung der öffentlichen Ordnung nicht eine so dringende sei, daß die Maßregel der Polizeiaufsicht geboten erschiene, deren hauptsächlichste Folge eben die Beschränkung des Aufenthaltsrechtes ist. Die Fälle nun, in denen das Gesetz die Stellung unter Polizeiaufsicht zuläßt, sind

gerade zugleich diejenigen, für die auch die Interdiction in erster Linie in Frage kommt⁶⁰⁾. Damit ist der Konflikt gegeben: die Polizei kann vermöge ihrer Interdiktionsbefugnis die Aufenthaltsbeschränkung trotz der dem Sinne nach widersprechenden rechtskräftigen richterlichen Entscheidung und aus denselben Gründen anordnen, deren Nichtanerkennung den Richter bewogen hatte, die Polizeiaufsicht nicht für zulässig zu erklären. Das führt zu einem sonst nur noch in Rußland vorkommenden Nebeneinander von gerichtlicher und administrativer Justiz. Im Grunde zeigt sich darin, daß Polizeiaufsicht und Interdiction gesepolitisch (nicht juristisch) miteinander unvereinbar sind; eine von beiden muß das Feld räumen, und dies kann nach Lage der Dinge nur die Interdiction sein.

Um das zu erreichen, wäre § 3 des Freizügigkeitsgesetzes (unter Streichung des ersten Absatzes) dahin abzuändern:

„Personen, welche in einem Bundesstaate innerhalb der letzten zwölf Monate wegen wiederholten Bettelns oder wiederholter Landstreicherei bestraft worden sind, kann der Aufenthalt in jedem Bundesstaate mit Ausnahme ihres Heimatsstaates von der Polizeibehörde verweigert werden.

Die landesgesetzlichen Vorschriften, welche Aufenthaltsbeschränkungen gestatten, werden hierdurch aufgehoben.“

Die Regierung würde allerdings einem derartigen Antrage wahrscheinlich nicht gerade Sympathieen entgegenbringen. Eine Regierung gibt immer gewisse Machtmittel aus der Hand, wenn das arbiträre Ermessen der Polizeibehörde eingeschränkt wird, und im vorliegenden Fall kommt noch dazu, daß die Regierung sich überhaupt schwer entschließt, in die Polizeihohheit der Einzelstaaten einzugreifen. Indessen wird sich die Regierung, was den ersten Punkt anlangt, dem Gewicht der sachlichen Gründe auf die Dauer nicht entziehen können; und föderative Bedenken sind an dieser Stelle unangebracht, weil es sich nur um die Beseitigung eines unter andern Verhältnissen gemachten und ungerechtfertigten Vorbehaltes, um den weiteren Ausbau der dem Reich ohnehin zustehenden Gesetzgebung über Freizügigkeit (und Strafrecht) handelt, die notwendig an vielen Stellen in die Polizei-

⁶⁰⁾ Vgl. im Anhang Art. 45 des bayrischen, § 57 Ziff. 2 des württembergischen, § 2 Ziff. 2 des anhaltischen Gesetzes.

hoheit der einzelnen Staaten eingreifen muß und eingegriffen hat, gerade so wie die Gewerbeordnung, das Gesetz über die Aufhebung des Paßzwanges usw.

Die aufgeworfenen Bedenken sind daher keinesfalls unüberwindlich, und diejenige Reichstagspartei könnte sich ein großes Verdienst erwerben, die sich dieser wichtigen Frage annehmen und in Gestalt eines Initiativantrages zur Erörterung und Entscheidung bringen würde. Denn mit der Revision des Strafgesetzbuches, die hier unter allen Umständen reinen Tisch schaffen müßte, hat es noch gute Wege.

II.

Sollte sich wider Erwarten eine Beseitigung der Interdiktion nicht erzielen lassen, so wäre jedenfalls an folgenden Mindestforderungen festzuhalten:

I. Die Interdiktion darf (wie die Polizeiaufsicht) nur verhängt werden, wenn der Richter sie im Strafurteil für statthaft erklärt hat. Denn sie ist ein derartig schwerer Eingriff in die persönliche Freiheit, wie er in einem Rechtsstaat nur von den ordentlichen Gerichten für zulässig erklärt werden darf. Diese sind auch auf Grund der mündlichen Verhandlung viel besser als die Polizeibehörde befähigt, sich von der Gefährlichkeit des Täters ein zutreffendes Bild zu machen; der Dezerent der Polizeibehörde faßt seine Entschließungen auf Grund der Akten, in der Regel wohl ohne die Person, um deren Existenz es sich vielleicht handelt, auch nur gesehen zu haben, und es fehlt hier weiter an der Öffentlichkeit und sonstigen gesetzlichen Regelung, die für ein so folgenschweres Verfahren nicht entbehrt werden kann. Trifft der Richter die fragliche Entscheidung, so fällt auch der weitere Mißstand fort, daß der Verurteilte bei der Verkündung der Strafe von der ihm drohenden Interdiktion nichts erfährt und infolgedessen nach seiner Entlassung der Ausweisung gewissermaßen in die Arme läuft.

Die richterlich zu erkennende Interdiktion würde sich als „Nebenstrafe“ darstellen⁶¹⁾; auch unser Eventualvorschlag läßt sich daher nur im Wege der Reichsgesetzgebung verwirklichen, § 7 E.G. St.G.B. Dies wäre auch im Interesse der Rechtseinheit

⁶¹⁾ Vgl. v. Liszt, Lehrbuch des deutschen Strafrechts, 13. Aufl. S. 254 Anm. 4 und dort Zitierte.

wünschenswert⁶²⁾. Indessen wäre von Reichswegen nur auszusprechen, daß die Interdiktion landesgesetzlich statthaft ist und die Landesgesetzgebung sich bei ihrer Zulassung innerhalb bestimmter Grenzen halten muß. Hierdurch würde vermieden werden, daß die Interdiktion solchen Staaten von Reichs wegen aufgezwungen wird, in denen sie weder besteht noch verlangt wird.

II. Die Interdiktion darf nur bei bestimmten gesetzlich bezeichneten Deliktsbeständen und erst von einem bestimmten Strafminimum an sowie nur dann zulässig sein, wenn polizeiliche Präventivmaßregeln durch besondere Umstände geboten erscheinen.

a) Die Auswahl der fraglichen Straftaten hat lediglich mit Rücksicht auf den präventiven Zweck der Interdiktion zu erfolgen. Ist nach der Natur der Straftat eine Aufenthaltsbeschränkung für das kriminelle Verhalten des Bestraften gleichgültig (so z. B. beim Meineid, zu dem sich in dem einen Gerichtsbezirk so gut Gelegenheit bietet wie in dem andern), so ist eine Aufenthaltsbeschränkung zwecklos und schon daher zu verwerfen. Ebenso sind aus dem Kreise der für eine Interdiktion geeigneten Straftaten nach dem Vorbilde des sächsischen Gesetzes die nur auf Antrag verfolgbaren auszuscheiden. Stellt der Staat sogar die strafrechtliche Ahndung der Tat in das Belieben eines Privaten, so kann in letzterer keinesfalls eine so gefährliche Verletzung der öffentlichen Ordnung gefunden werden, daß vorbeugende Maßregeln polizeilicher Natur geboten erscheinen könnten, ganz abgesehen davon, daß die hier in Frage kommenden Straftaten schon ihrer Natur nach überwiegend leichter Art sind. Gleiches gilt von Fahrlässigkeitsdelikten und Übertretungen⁶³⁾.

b) Bei den schwereren Folgen und dem ehrenrührigen Charakter der Interdiktion sollte diese bei einer geringeren als einer einjährigen Freiheitsstrafe nicht zulässig sein. Allenfalls könnte bei einer innerhalb eines gewissen Zeitraums eintretenden Rückfälligkeit unter dieses Maß heruntergegangen werden (etwa bis auf drei Monate), jedoch sollte der Rückfall nur dann in Betracht kommen

⁶²⁾ Vgl. auch die oben wiedergegebene Äußerung des sächsischen Ministers v. Rostiz.

⁶³⁾ Für die Fälle des § 361 Ziff. 3—8 St.G.B. ist durch § 362 St.G.B. anderweitige Fürsorge getroffen.

dürfen, wenn es sich um die wiederholte Begehung eines dem ersten gleichartigen Verbrechens oder Vergehens handelt.

c) Die Interdiction darf nur dann ausgesprochen werden, wenn nach den besondern Verhältnissen eines Ortes „zu befürchten ist, daß der Aufenthalt daselbst dem Bestraften in besonderem Grade die Gelegenheit zur Wiederholung von Rechtsverletzungen in der durch die vorausgegangene strafbare Handlung angezeigten Richtung darbieten und dadurch Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verursachen werde“. Dieser Grundsatz ist in den bayrischen, sächsischen und anhaltischen Gesetz ausdrücklich festgelegt, für Preußen wenigstens im allgemeinen durch Ministerialverfügung⁶⁴⁾ anerkannt. Ihn in das Gesetz aufzunehmen, ist aber erforderlich, um seine Durchbrechung im einzelnen Fall zu verhüten⁶⁵⁾ und um der Verwaltungsrechtspflege die Handhabe zu bieten, seine Beobachtung seitens der Polizeibehörden zu kontrollieren.

III. Die polizeiliche Interdiktionsverfügung bedarf der zeitlichen, örtlichen und inhaltlichen Beschränkung.

a) Die Verfügung darf nur innerhalb einer bestimmten, etwa einjährigen Frist seit der Entlassung aus dem Gefängnis oder Zuchthaus und nur auf eine bestimmte, höchstens dreijährige Frist verhängt werden. Mit dieser Forderung stimmen die einschlägigen außerpreussischen Gesetze wenigstens im Prinzip überein, nur in Preußen werden die Verfügungen unbegrenzte Zeit nach der Entlassung und lebenslanglich erlassen, während selbst die nur den gefährlichsten Individuen gegenüber anzuwendende Polizeiaufsicht auf ein Maximum von fünf Jahren beschränkt ist.

b) Die Notwendigkeit einer örtlichen Begrenzung der Interdiction ergibt sich schon daraus, daß die Aufenthaltsbeschränkung, wie wir im dogmatischen Teil gesehen haben, der Ausweisung aus dem Staatsgebiet nicht gleichkommen darf. Mindestens ein Ort

⁶⁴⁾ Verf. des Min. des Innern vom 14. Dezember 1860 im Ministerialblatt für die innere Verwaltung 1861 S. 11.

⁶⁵⁾ Im Falle Leuß z. B. (oben Anm. 44) hatte tatsächlich weder eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung vorgelegen, noch wäre, wenn sie vorgelegen hätte, die Interdiction das geeignete Mittel zu ihrer Beseitigung gewesen. Aber für Berlin und Vororte, von wo Leuß ausgewiesen worden ist, ist aus früher erörterten Gründen die in der Anm. 64 genannte Ministerialverfügung eben nicht maßgebend.

muß also dem Interdizierten als Zufluchtsstätte bleiben. In erster Linie sollte hierfür der letzte Wohnsitz bestimmt werden, den der Verurteilte vor dem Antritt der Strafe gehabt hat; auch wäre vernünftigerweise die Unterfagung des Aufenthalts am Unterstüßungswohnsitz nicht zuzulassen, denn hier soll der Verurteilte ja gerade im äußersten Falle Hilfe finden.

Weiter aber müßte der Polizei die Möglichkeit genommen werden, den Bestraften von einem Ort zum andern zu jagen, und es muß anderseits der Bestrafte möglichst bald erfahren, wohin er sich begeben darf und wohin nicht. Um dies zu erreichen, müßte der Polizei vorgeschrieben werden, in der die Interdiktion verhängenden Verfügung von vornherein und in einer die Polizei bindenden Weise alle die Orte zu bezeichnen, wo dem Bestraften der Aufenthalt untersagt sein soll.

Man wende nicht dagegen ein, daß die Polizei dann nicht mehr in der Lage sein würde, später eintretende oder in Erfahrung gebrachte Umstände zu berücksichtigen, die die Unterfagung des Aufenthalts auch an andern wie den in der ersten Verfügung genannten Orten angezeigt erscheinen ließen. Diese Möglichkeit steht der Polizei schon gegenwärtig in der Hauptsache nicht mehr offen, da der Bestrafte dort, wo er einmal zum Aufenthalt zugelassen worden ist, auch auf Grund späterer Ereignisse nicht mehr ausgewiesen werden kann (oben S. 357). Vor allem aber gebietet die billige Rücksicht auf den Bestraften jene Beschränkung, denn eine Verfügung, die so tief in die Lebensverhältnisse des Betroffenen eingreift wie die Interdiktion, trägt keine *clausula rebus sic stantibus*; der Bestrafte muß endlich einmal wissen, „woran er ist“. Als einen mit der Rechtsicherheit verträglichen Ausgleich gegen die vorgeschlagene Anwendung der Eventualmaxime auf die Interdiktionsverfügung könnte der Polizei die Befugnis zugestanden werden, die Aufenthaltsbeschränkung nicht nur in Bezug auf einen einzelnen Ort, sondern auch in Bezug auf ein Gebiet, das natürlich immer nur ein Teil des Staatsgebietes sein darf (z. B. bei Schmuggel in Bezug auf ein Grenzgebiet) auszusprechen.

c) Unbedingt ist an dem in der preussischen Praxis anerkannten⁶⁶⁾ Grundsatz festzuhalten, daß der bereits fest ansässig Gewordene — mindestens wenn er seiner polizeilichen Anmeldepflicht

⁶⁶⁾ Oben Anm. 39.

genügt hatte — nicht mehr ausgewiesen werden, daß also insbesondere die Gestattung des Aufenthaltes weder widerrufen noch an Bedingungen, Vorbehalte oder Fristen geknüpft werden darf. Die bloße Aufenthaltsbeschränkung könnte sonst, wie bereits erwähnt, dazu benutzt werden, dem Interdizierten noch andre Beschränkungen aufzuerlegen, also eine Polizeiaufsicht unter erleichterten Voraussetzungen einzuführen.

Im übrigen läßt sich nicht verkennen, daß unsere „Mindestforderungen“ ohnehin in gewissem Sinne darauf hinauslaufen, eine zweite, allerdings stark gemilderte Polizeiaufsicht zu schaffen. Wir sind auch weit davon entfernt zu behaupten, daß ein Bedürfnis dafür bestände, haben vielmehr oben schon ausgesprochen, daß die Polizeiaufsicht des geltenden R.St.G.B. bereits allen berechtigten (und vielleicht auch unberechtigten) Anforderungen genügt. Wir wollten hier nur für den nicht unwahrscheinlichen Fall, daß die Beseitigung der Interdiktion äußeren Hindernissen begegnet, die Grenzen bezeichnen, hinter die von unserm Standpunkt aus nicht zurückgewichen werden darf, bis zu denen entgegenzukommen sich aber auch die prinzipiellen Gegner im wesentlichen bereit finden lassen dürften⁶⁷⁾. Und daß die Annahme unsrer Mindestforderungen schon einen ungeheuren Fortschritt gegenüber dem geltenden Recht darstellen würde, kann keinem Zweifel unterliegen. Das entbindet natürlich in keiner Weise von der Pflicht, mit aller Entschiedenheit für die als richtig erkannte völlige Beseitigung der Interdiktion einzutreten.

Anlage.

I. Gesetz über die Aufnahme neu anziehender Personen vom 31. Dezember 1842 (G.S. 1843 S. 5).

§ 1. Keinem selbständigen preussischen Untertan darf an dem Orte, wo er eine eigne Wohnung oder ein Unterkommen sich selbst zu verschaffen im Stande ist, der Aufenthalt verweigert oder durch lästige Bedingen erschwert werden⁶⁸⁾.

§ 2. Ausnahmen hiervon (§ 1) finden statt:

1. wenn jemand durch ein Strafurteil in der freien Wahl seines Aufenthaltes beschränkt ist;

⁶⁷⁾ Auch die im Sozialistengesetz vom 21. Oktober 1878 zugelassenen Aufenthaltsbeschränkungen entsprechen im wesentlichen unsern Mindestforderungen.

2. wenn die Landespolizeibehörde nötig findet, einen entlassenen Sträfling von dem Aufenthalt an gewissen Orten auszuschließen. Hierzu ist die Landespolizeibehörde jedoch nur in Ansehung solcher Sträflinge befugt, welche zu Zuchthaus oder wegen eines Verbrechens, wodurch die Täter sich als einen für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlichen Menschen darstellt, zu irgend einer andern Strafe verurteilt worden [oder in irgend einer Korrekptionsanstalt eingesperrt gewesen⁶⁸⁾] sind.

Über die Gründe einer solchen Maßregel ist die Landespolizeibehörde nur dem vorgesetzten Minister, nicht aber der Partei Rechenschaft zu geben [schuldig⁶⁹⁾].

II. Bayrisches Gesetz, betreffend Heimat, Verehelichung und Aufenthalt, vom 16. April 1868 (G.Bl. Nr. 25) in der Fassung der Novelle vom 27. Februar 1872 (G.Bl. Nr. 9).

Artikel 45.

5. Personen, welche wegen Diebstahls, Unterschlagung, Fälschung oder einer Zuwiderhandlung gegen die Sittlichkeit zu einer Freiheitsstrafe von mehr als 6 Wochen oder wegen einer sonstigen strafbaren Handlung zu einer Zuchthausstrafe von mehr als 5 Jahren, desgleichen Personen, welche innerhalb Jahresfrist wiederholt wegen Entwendung von Feldfrüchten, oder wegen Feld- und Forstrevells oder unberechtigten Jagens, endlich Personen, welche wegen Arbeitscheue, Landstreicherei, Bettelns, Gaukelei oder gewerbsmäßiger Unzucht zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sind, können in der Zeit von der Rechtskraft des Urteils bis zum Ablauf zweier Jahre nach Beendigung des Strafvollzugs für die Dauer von zwei Jahren, in welche jedoch die Zeit der Einsperrung nicht eingerechnet wird, ausgewiesen werden.
6. Personen, welche wegen einer im Gemeindebezirke verübten strafbaren Handlung nach Art. 149 Abs. 1 des Polizeistrafgesetzbuchs⁶⁹⁾ oder nach §§ 284—286 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich oder als Veranstalter eines verbotenen Spieles nach § 360 Ziffer 14 dieses

⁶⁸⁾ Aufgehoben.

⁶⁹⁾ Unbefugtes Hausieren, jetzt §§ 148, 149 Gew.Ordn.

Strafgesetzbuchs, desgleichen Personen, welche binnen Jahresfrist wiederholt wegen einer im Gemeindebezirke verübten Zuwiderhandlung gegen die Art. 106 oder 155 des Polizeistrafgesetzbuches⁷⁰⁾ oder Art. 10 des Gesetzes, den Vollzug der Einführung des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich in Bayern betreffend⁷¹⁾, verurteilt worden sind, können in der Zeit von der Rechtskraft des Urteils bis zum Ablauf eines Jahres nach Beendigung des Strafvollzugs für die Dauer von zwei Jahren, in welche jedoch die Zeit der Einsperrung nicht eingerechnet wird, ausgewiesen werden.

Artikel 47.

I. Das Aufenthaltsverbot kann auch auf benachbarte Gemeindebezirke erstreckt werden, wenn ohne solche Ausdehnung eine Vereitelung des Zwecks der Ausweisung zu befürchten wäre.

Artikel 48.

Angehörige des bayrischen Staates, welche auf Grund ihrer Anstellung im Dienste des Staates, der Kirche, der Gemeinde, einer öffentlichen Körperschaft oder Stiftung, oder zur Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht in einer Gemeinde sich aufzuhalten genötigt sind, oder welche in der Gemeinde das Bürgerrecht oder Heimatrecht besitzen, können aus dieser Gemeinde nicht weggewiesen werden.

Artikel 49.

I. In den Fällen des Art. 45 Ziffer 2 und 3 kann eine Ausweisung nur auf Antrag der Gemeindeverwaltung erfolgen und muß dieselbe von der Polizeibehörde verfügt werden, wenn jener Antrag vorliegt.

II. In allen übrigen Fällen kann das Aufenthaltsverbot auf Antrag der Gemeindeverwaltung oder von Amts wegen erlassen werden, jedoch nur dann, wenn besondere Verhältnisse die Annahme begründen, daß die öffentliche Sicherheit oder Sittlichkeit durch die Anwesenheit der betreffenden Personen in der Gemeinde gefährdet wird.

⁷⁰⁾ Übertretungen der Dienstboten, Feiern des „blauen Montag“.

⁷¹⁾ Mißbrauch des Koalitionsrechts, jetzt § 153 der Gewerbeordnung.
Zeitschrift f. d. gef. Strafrechtsw. XXV.

III. Das württembergische Gesetz vom 16. Juni 1885. (R.Bl. Nr. 30) Artt. 57 und 58.

Artikel 57.

Der Aufenthalt in einer bestimmten Gemeinde kann außer den Fällen der Stellung unter Polizeiaufsicht (§ 39 des G.St.G.B.) aus polizeilichen Gründen auf Grund des § 3 Abs. 1 des Freizügigkeitsgesetzes vom 1. November 1867 (R.Bl. von 1871 zu Nr. 1 S. 21) von der zuständigen Regierungsbehörde (Art. 58) auf Antrag des Gemeinderats oder von Amts wegen denjenigen Personen untersagt werden, bei welchen eine der nachstehenden Voraussetzungen zutrifft:

1. wenn dieselben innerhalb der letzten 5 Jahre mit einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe bestraft worden sind;
2. wenn dieselben innerhalb der letzten 5 Jahre wegen Rupperei (§ 180 R.St.G.B.), Diebstahls (§§ 242 ff. R.St.G.B.), Hehlerei (§§ 258, 259 R.St.G.B.), Betrugs (§§ 263 ff. R.St.G.B.) oder gewerbsmäßigen unberechtigten Jagens (§ 294 R.St.G.B.) mit Gefängnis von mehr als sechs Wochen bestraft worden sind;
3. wenn dieselben zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte (§§ 32 ff. G.St.G.B.) verurteilt worden sind, während der Dauer dieses Verlustes;
4. wenn dieselben innerhalb der letzten 3 Jahre auf Grund des § 361 Nr. 3—8 R.St.G.B. oder des Art. 10 Nr. 2 bis 4 des Landespolizeistrafgesetzes⁷²⁾ mit Haft von wenigstens einer Woche oder wegen einer dieser Übertretungen wiederholt bestraft worden sind.

Die in den vorstehenden Bestimmungen der Nr. 1, 2 und 4 bezeichneten Fristen werden von dem Tage an gerechnet, an dem die Strafe verbüßt, verjährt oder erlassen worden ist.

Die Dauer des Aufenthaltsverbots ist in der Verfügung bestimmt zu verzeichnen und kann später geändert werden.

Die Wirksamkeit desselben erlischt von Rechts wegen mit dem Ablaufe der in Nr. 1—4 bezeichneten Zeiträume. Vorstehende Bestimmungen finden auf diejenigen Personen, welche in der Gemeinde ihres Aufenthalts das Bürgerrecht besitzen, keine Anwendung (vgl. Art. 1 Ziff. 3).

⁷²⁾ Wer sich mutwillig oder boshaft in die Lage versetzt, öffentliche Unterstützung beanspruchen zu müssen oder bei Behörden oder Wohltätigkeitsvereinen Unterstützungen erschleicht oder mißbraucht.

IV. Rgl. Sächsisches Gesetz, die Befugnis der Polizeibehörden zum Erlasse von Aufenthaltsverboten gegen über von bestrafte Personen betreffend, vom 15. April 1886. (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 85, 1886.)

§ 1. Die Sicherheitspolizeibehörde (in Städten mit der Städteordnung für mittlere und kleine Städte und auf dem platten Lande die Amtshauptmannschaft) ist mit den in den nachstehenden Bestimmungen enthaltenen Einschränkungen befugt, bestrafte Personen der § 2 gedachten Art den Aufenthalt an einem oder mehreren Orten ihres Bezirks dann zu verbieten, wenn nach den daselbst obwaltenden örtlichen oder persönlichen Verhältnissen zu befürchten ist, daß dieser Aufenthalt dem Bestraften in besonderm Grade die Gelegenheit zur Wiederholung von Rechtsverletzungen in der durch die vorausgegangene strafbare Handlung angezeigten Richtung darbieten und dadurch Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verursachen werde.

§ 2. Unter den in § 1 gedachten Voraussetzungen können Aufenthaltsverbote gegen Personen verfügt werden, wenn dieselben entweder

1. wegen Verbrechen oder Vergehen mit Freiheitsstrafe von sechswochiger oder längerer Dauer, oder
2. wegen Verbrechen oder Vergehen innerhalb der letzten fünf Jahre wiederholt, und zwar wenigstens einmal mit Freiheitsstrafe,
3. wegen Verbrechen, Vergehen oder Übertretungen in einem Jahre wiederholt, und zwar wenigstens einmal mit Freiheitsstrafe

bestraft worden sind.

Die vorstehenden Bestimmungen finden jedoch nur auf solche strafbare Handlungen, welche von Amts wegen zu verfolgen sind, sowie, was die Bestimmung unter 3 anlangt, nur auf die im Reichsstrafgesetzbuche mit Strafe bedrohten Übertretungen und auf Übertretungen solcher Strafbestimmungen Anwendung, welche von der Landesgesetzgebung oder von der obersten Landesbehörde im Gebiete der Armen- oder Sittenpolizei getroffen worden sind.

Auch ist bei Anwendung der Bestimmungen unter Ziffer 2 und 3 eine Gefängnis oder Haftstrafe, in welche eine nicht beizutreibende Geldstrafe umgewandelt worden war, nur der letztern gleich zu achten.

§ 3. Von Erlass eines Aufenthaltsverbotes auf Grund der §§ 1 und 2 soll abgesehen werden

- a) gegenüber einer bestraften Ehefrau, welche mit ihrem Ehemann in häuslicher Gemeinschaft steht, dann, wenn die Ausweisung die Trennung dieser Gemeinschaft zur Folge haben würde;
- b) gegenüber bestraften Personen, welche in ehrbarer häuslicher Gemeinschaft mit andern Personen stehen und von letztern auf Grund gesetzlicher Unterhaltspflicht Unterhalt oder Pflege ganz oder teilweise unentgeltlich erhalten, dann, wenn sie durch die Ausweisung dieser Unterstützung verlustig gehen würden;
- c) in Beziehung auf den Ort, an welchem die bestrafte Person zwei Jahre oder länger vor der Bestrafung und, insofern wiederholte Bestrafung erfolgt ist, vor der letzten Bestrafung sich ununterbrochen aufgehalten und einen ständigen ehrbaren Erwerb gehabt hat;
- d) insofern die bestrafte Person auf Grund der §§ 1 und 2 aus einem Orte ausgewiesen worden ist, in Beziehung auf einen andern, von jenem Orte mindestens 25 km entfernten Ort, so lange nicht nach der Ausweisung zu der Bestrafung, auf Grund deren die Ausweisung erfolgte, eine neue Bestrafung derselben (§ 2) hinzugetreten ist.

Der Befreiungsgrund zu a und b tritt nicht ein, wenn die Bestrafung wegen einer der in §§ 180, 181, 183, 361 Nr. 6 des Reichsstrafgesetzbuchs behandelten strafbaren Handlungen oder wenn im Falle a die Eheschließung erst nach der Bestrafung, durch welche die Ausweisung begründet wird, erfolgt ist.

Zu die unter c gedachte Frist ist die Zeit nicht einzurechnen, während deren die bestrafte Person öffentliche Armenunterstützung bezogen oder eine Freiheitsstrafe verbüßt oder sich in der Verwahrung einer Korrekptionsanstalt befunden hat.

§ 4. Ein unter Polizeiaufsicht Stehender kann wegen der dieselbe begründenden strafbaren Handlung auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes einer Aufenthaltsbeschränkung nicht unterworfen werden.

§ 5. Für die Dauer einer dem Bestraften von dem Armenverbande seines Unterstützungswohnortes gewährten öffentlichen

Unterstützung kann demselben der Aufenthalt am Orte des Unterstützungswohnsitzes nicht verboten werden.

§ 6. Das Recht der Polizeibehörde zum Erlass eines Aufenthaltsverbotes besteht ein Jahr lang. Das letztere wird von dem Tage an gerechnet, an welchem die Strafe verbüßt worden ist. Während der Dauer der Verwahrung in einer Korrekptionsanstalt ruht der Lauf dieser Frist.

§ 7. Die zulässige längste Dauer eines Aufenthaltsverbotes sind zwei Jahre.

Innerhalb dieser Frist kann ein zunächst auf kürzere Zeit erlassenes Aufenthaltsverbot verlängert werden.

§ 8. Das Verhältnis der Reichsausländer wird durch gegenwärtiges Gesetz nicht berührt.

§ 9. Die in Bezug auf das Recht zur Ausweisung und zur Aufenthaltsverweigerung in dem Heimatsgesetze vom 26. November 1834 getroffenen Bestimmungen werden, soweit sie zur Zeit noch fortbestehen, hierdurch aufgehoben.

V. Anhaltisches Gesetz, die Befugnis zur Ausweisung bestraffter Personen betreffend, vom 22. März 1892.
(Gesetzsammlung S. 63.)

§ 1. Die Kreispolizeibehörden sind unter den in den §§ 2 bis 4 festgesetzten Einschränkungen befugt, bestrafften Personen den Aufenthalt an einzelnen Orten ihres Bezirks zu verbieten, falls nach den daselbst obwaltenden örtlichen oder persönlichen Verhältnissen zu befürchten ist, daß dieser Aufenthalt dem Bestraften in besonderm Grade die Gelegenheit zur Wiederholung von Rechtsverletzungen in der durch die vorausgegangene strafbare Handlung angezeigten Richtung darbiete und dadurch Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verursachen werde.

§ 2. Das Aufenthaltsverbot kann verfügt werden gegen Personen, welche

1. innerhalb der letzten 5 Jahre mit einer mehr als einjährigen Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe bestraft worden sind,
2. innerhalb der letzten 5 Jahre wegen Ruppelei, Diebstahls, Betruges oder gewerbmäßigen unberechtigten Jagens mit Gefängnis von wenigstens 3 Monaten bestraft worden sind,

3. zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden sind, während der Dauer dieses Verlustes,
4. innerhalb der letzten 3 Jahre auf Grund des § 361 Ziff. 3—8 St.G.B. mit Haft von wenigstens einer Woche oder wegen einer dieser Übertretungen wiederholt bestraft worden sind.

Die unter 1, 2 und 4 bezeichneten Fristen werden von dem Tage ab gerechnet, an welchem die Strafe verbüßt, verjährt oder erlassen ist; wenn in dem Falle unter 4 von der Landespolizeibehörde die Unterbringung in einem Arbeitshause verfügt war (§ 362 Abs. 2 St.G.B.), von dem Tage ab, an welchem diese Nachhaft beendet ist.

§ 3. Personen, welche länger als ein Jahr ihren Aufenthalt in einer anhaltischen Gemeinde oder einem selbständigen anhaltischen Gutsbezirke haben, darf der Aufenthalt in dieser Gemeinde oder in diesem Gutsbezirke, Personen, welchen von dem Ortsarmenverband ihres Unterstüßungswohnsitzes öffentliche Unterstützung gewährt wird, darf für die Dauer dieser Unterstützung der Aufenthalt am Orte des Unterstüßungswohnsitzes nicht verboten werden.

§ 4. Die Dauer des Aufenthaltsverbotes ist in der Verfügung der Polizeibehörde bestimmt zu bezeichnen. Dieselbe darf zwei Jahre nicht überschreiten. Innerhalb dieser Frist darf ein auf kürzere Zeit erlassenes Aufenthaltsverbot verlängert werden, wenn der Betroffene in der Zwischenzeit wegen eines Verbrechens oder Vergehens oder auf Grund des § 361 Ziff. 3—8 St.G.B. rechtskräftig verurteilt worden ist.

§ 5 betrifft Zulässigkeit der Beschwerde und Verwaltungsklage;
§ 6 Schlußbestimmungen.
